4. Bau- und Montagetechnologie

- Zyklusprogramme bzw. andere Arbeitsablaufunterlagen,
- Baustelleneinrichtungspläne,
- Ausweis der Hauptmaschinen und Geräte.

5. Genehmigungen, die sich auf Grund von Vorbehalten in Gutachten und Auflagen in Zustimmungen ergeben.

Anlage 5

zu vorstehender Verordnung

Besondere Pflichten und Rechte des Investitionsträgers und des Generalauftragnehmers bei der Durchführung der Investitionen

1. Der Investitionsträger hat dem Generalauftragnehmer das vermessene Baugelände zur Verfügung zu stellen, die Baufreiheit entsprechend dem vertraglich festgelegten Ablauf zu gewährleisten und sicherzustellen, daß das Gelände frei von Rechten Dritter ist. Bei Vergabe an Hauptauftragnehmer bzw. Auftragnehmer hat der Investitionsträger diesen gegenüber dieselbe Verpflichtung entsprechend dem jeweiligen Leistungsumfang. Der Investitionsträger ist in diesem Falle auch zur Übergabe von Achs- und Höhenangaben verpflichtet.
2. Der Investitionsträger ist verpflichtet, seinen Auftragnehmern die Mitbenutzung von in seiner Rechtsträgerschaft befindlichen Einrichtungen für die Unterbringung und Versorgung sowie die soziale und kulturelle Betreuung der Werkstätigen bis an die Grenze der möglichen Kapazitätsauslastung dieser Einrichtungen zu gestatten und dieselben auch selbst weiter zu betreiben. Müssen solche Einrichtungen neu geschaffen werden, sind sie Bestandteil der Investition und erforderlichenfalls auch der durch diese ausgelösten Folgeinvestitionen. Sie sind wie jede andere hierzu erforderliche Lieferung und Leistung durchzuführen. Es hat eine exakte Abstimmung mit den Folgeinvestitionen zu erfolgen, und die einzelnen Einrichtungen sind so zu projektieren, daß sie nach der Realisierung der Investitionsvorhaben möglichst vollständig genutzt werden können und nur im geringen Umfang wieder abzubauen sind. Die neu geschaffenen Einrichtungen sind, sofern es sich nicht um zeitweilige Einrichtungen handelt, die wieder abgebrochen werden, vom Investitionsträger abzunehmen und zu betreiben. Steht als endgültiger Rechtsträger ein anderer als der Investitionsträger fest, so hat dieser die betreffenden Einrichtungen zu betreiben. *8

3. Der Investitionsträger ist verpflichtet, seinen Auftragnehmern <die Mitbenutzung von in seiner Rechtsträgerschaft befindlichen Transportanschlüssen (Wasserwege, Gleisanschlüsse, Straßenanschlüsse) sowie Versorgungsanschlüsse (Wasserversorgung, Stromversorgung, Gasversorgung, Dampfversorgung usw.) bis an die Grenze ihrer möglichen Kapazitätsauslastung zu gestatten und diese Einrichtungen auch selbst weiter zu betreiben. Müssen solche Einrichtungen erweitert oder neu geschaffen werden, gilt sinngemäß Ziff. 2. Für den Betrieb der neu geschaffenen Einrichtungen während der Bauzeit ist der jeweilige Auftragnehmer verantwortlich, soweit nichts anderes vertraglich festgelegt wird.
4. Der Investitionsträger hat im Rahmen seiner Möglichkeiten gegen Erstattung von Miete und Benutzungsgebühren seinen Auftragnehmern die Mitbenutzung von in seiner Rechtsträgerschaft befindlichen Werkstätten, Lagerräumen und Lagerplätzen, Transport- und Entladevorrichtungen und ähnlichen Anlagen zu gestatten. Er hat auch gegen Erstattung der vollen Kosten im Rahmen seiner Möglichkeiten bei ihm beschäftigte Arbeitskräfte (Hilfskräfte) für Transport- und Ladearbeiten und ähnliche Hilfsleistungen einzusetzen.
5. Lieferungen und Leistungen für Erstausrüstungen von Investitionsvorhaben können zwischen Investitionsträgern und Generalauftragnehmern im Vertrag vereinbart werden.
6. Zur Ausbildung des zukünftigen Bedienungspersonals hat der Investitionsträger mit dem Generalauftragnehmer Vereinbarungen über den Einsatz dieser Kräfte bei der Errichtung der technologischen Anlagen zu treffen.

Bekanntmachung des Beschlusses zur Verordnung über die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen.

— Investitionsverordnung —

Vom 3. September 1964

(Auszug)

4. Die zentralen und örtlichen Staats- und Wirtschaftsorgane haben alle notwendigen Maßnahmen zur Popularisierung, Einführung und Durchführung der Verordnung konkret festzulegen und ihre Durchführung zu kontrollieren.

Berlin, den 3. September 1964

Der Leiter
des Büros des Ministerrates

Dr. R o s t
Staatssekretär